

Z Allg Med  
<https://doi.org/10.1007/s44266-025-00394-x>  
Angenommen: 14. Mai 2025

© The Author(s), under exclusive licence to Springer Medizin Verlag GmbH, ein Teil von Springer Nature 2025



# Lehren aus der Pandemie für Hausärztinnen und Hausärzte – eine Einschätzung aus politikwissenschaftlicher Sicht

Ursula Münch

Akademie für Politische Bildung, Tutzing, Deutschland

## Zusammenfassung

Die Pandemie durch die Coronaviruserkrankung 2019 (COVID-19) hat das Leben tiefgreifend verändert und die Rolle der Politik im Gesundheitswesen für jeden sichtbar gemacht. Hausärztinnen und Hausärzte standen an vorderster Front und mussten schnell auf politische Entscheidungen reagieren. Sie sahen sich mit Zielkonflikten konfrontiert, wie der Notwendigkeit, Infektionsketten zu unterbrechen und dazu Patienten auch in die häusliche Isolation zu schicken. Im Beitrag werden Lehren aus politikwissenschaftlicher Perspektive zur Pandemie diskutiert: Hausärztinnen und Hausärzte sollten stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Eine klare und konsistente Kommunikation ist entscheidend. Ein starkes Gesundheitssystem ist essenziell. Psychische Belastungen müssen stärker berücksichtigt werden. Prävention und Gesundheitsbildung sind wesentlich. Die Pandemie zeigt die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen Politik, Gesundheitswesen und Bevölkerung.

### Schlüsselwörter

Öffentliche Gesundheit · Corona · Verschwörungsglauben · Demokratischer Verfassungsstaat · Pandemie

**Nicht jeder interessiert sich für Politik, aber jeder und jede ist von ihr betroffen. Politik beeinflusst unser aller Leben: Sie schafft die Rahmenbedingungen, in denen wir unserer Arbeit nachgehen und in der unsere Kinder lernen. Von ihnen hängt ab, wie sicher oder auch unsicher wir uns fühlen und wie groß der bürokratische Aufwand ist, dem Sie als Hausärztin oder Hausarzt ausgesetzt sind. Der politisch gesetzte Rahmen wirkt sich nicht zuletzt darauf aus, ob Kranke möglichst unabhängig vom Wohnort oder Geldbeutel Heilung oder zumindest Linderung finden.**

### Politische Entscheidungsfindung

Die zentrale Leistung eines politischen Systems besteht darin, kollektiv verbindliche Entscheidungen für die Lösung gesellschaftlicher Konflikte bereit zu stellen.

Diese Feststellung des Soziologen Niklas Luhmann weist auf das Entscheidende hin: Politisches Handeln heißt immer auch Entscheiden (vgl. [1, S. 479 f.]). Damit tatsächlich auch politisch entschieden werden kann, ist Verschiedenes erforderlich: Zunächst müssen funktionierende Regeln vorhanden, festgeschrieben und anerkannt sein, auf welche Weise Entscheidungen getroffen werden sollen. Schließlich ist ein politisches System nur dann entscheidungsfähig, wenn nicht ständig entschieden werden muss, wie entschieden werden soll. Gleichzeitig ist die politische Entscheidungsfindung in einer modernen pluralistischen Gesellschaft zwangsläufig ein mühsamer und facettenreicher Prozess: Die so unterschiedlichen Interessen müssen überhaupt erst artikuliert, wahrgenommen und gebündelt werden.

Hufeland-Lecture 2023 der Stiftung Allgemeinmedizin (Vorstand: Prof. Dr. Jochen Gensichen) gehalten am 29. September 2023 anlässlich des 57. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin (DEGAM) in Berlin



QR-Code scannen & Beitrag online lesen

Mögliche Maßnahmen für akute Krisen oder die Gestaltung der großen Zukunftsaufgaben sind gegeneinander abzuwägen. Widerstände gegen geplante Lösungswege müssen überwunden und Mehrheiten dafür organisiert werden. Alle diese konkreten Entscheidungsprozesse sind zudem eingebettet in etwas Größeres: die grundsätzliche Zustimmung der Bevölkerung; wohlbemerkt nicht zwingend die Zustimmung zu konkreten Maßnahmen, aber das grundsätzliche Einverständnis mit den verfassungs- und verfahrensrechtlichen Grundlagen der demokratischen Ordnung. Die politische Soziologie unterscheidet zwischen der „spezifischen“ und der „diffusen“ Unterstützung: Letztere speist sich aus der allgemeinen Zufriedenheit mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Sie basiert auf grundsätzlichem Vertrauen in die politische Ordnung und verleiht dieser Legitimität (vgl. [2, S. 365 f.]).

Dieses grundsätzliche Vertrauen in unser politisches System ist insgesamt gegeben. Offensichtlich wurde aber bereits während der sog. Migrationskrise in den Jahren 2015/2016 sowie infolge der Pandemie auch, dass diese Zustimmung längst nicht mehr so selbstverständlich ist, wie vor allem diejenigen angenommen haben, die noch in der „alten“ Bundesrepublik politisch sozialisiert wurden.

### Politische und gesellschaftliche Auswirkungen der Coronapandemie

Das gesamte Gesundheitssystem, aber gerade auch Sie als Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner haben in den unterschiedlichen Phasen der Pandemie immer wieder neue Zielkonflikte beobachtet, erlebt und professionell durchgestanden:

- einerseits die Notwendigkeit, Infektionsketten zu unterbrechen und die Zahl der Neuansteckungen zu verhindern, andererseits die vielen Eltern, die mit der Aufgabe als Hilfslehrer und Psychologen für ihre unter Vereinsamung leidenden Kinder komplett überfordert wurden;
- einerseits die Forderung von Politik und Öffentlichkeit, so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich zu impfen; andererseits der Wunsch nach

Fairness und Transparenz beim Zugang zu den Impfstoffen, aber ebenso auch nach deren unabhängig überprüfter Sicherheit;

- einerseits so viele Expertenräte und Talkshows; andererseits so wenig Beteiligung und Einbindung von ärztlichem Sachverstand aus der echten Versorgung, also von Hausärzten, Kinderärzten und Psychologen.

Vor und während der Pandemie schienen den wenigsten politischen Entscheidern bewusst gewesen zu sein, wie groß die Bedeutung der Hausärzte für die ärztliche Grundversorgung vor Ort ist. Tatsächlich war es gerade auch Ihre Arbeit für die Patienten und Ihre Erreichbarkeit, die maßgeblich zum Vertrauen beitrugen, gut durch eine Zeit zu kommen, in der es in Deutschland durchaus schlecht um die öffentliche Gesundheit stand.

Die Befassung mit den Lehren aus der Pandemie für Hausärztinnen und Hausärzte aus politikwissenschaftlicher Sicht führt zu noch grundsätzlicheren Themen: Während der Pandemie durch die Coronaviruserkrankung 2019 (COVID-19) haben wir eine Erfahrung gemacht, die uns bereits vertraut war. Im Verlauf einer akuten Krise wird zu vieles andere vernachlässigt. Es findet sowohl in der Politik als auch in den Medien, die beide jeweils für „Agenda-setting“ zuständig sind, eine auf Dauer unangemessene Prioritätensetzung statt:

- Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags drehte sich alles um den Terrorangriff der Hamas auf Israel sowie das Leid der Menschen in Israel und in Gaza zum einen und die kriegerische Auseinandersetzung von Israel und den USA mit dem Iran zum anderen. Darüber gerät der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine für die Öffentlichkeit fast schon in den Hintergrund.
- In den Jahren 2020 und 2021 entstand der Eindruck, also ob es nur die Pandemie gäbe. Corona wurde vieles untergeordnet – nicht nur in der Politik und den Medien, sondern zwangsläufig auch in den hausärztlichen Praxen.
- In den Jahren 2015/2016 ging es monatelang nur um Flüchtlinge und viele Bürgerinnen und Bürger waren

darüber verärgert, dass ihre eigenen Belange bei der Politik ins Hintertreffen gerieten.

Diese einseitige Konzentration auf die jeweilige Krise ist angesichts der „Aufmerksamkeitsökonomie“ im Allgemeinen und der Notwendigkeit zum politischen und administrativen Krisenhandeln bestens nachvollziehbar. Aber: Sie hat unter Umständen dramatische Folgen. In einer Gesellschaft, die ohnehin gern Diskurse über angebliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten führt, verstärkt eine einseitige Prioritätensetzung den Glauben, „die Politik“ sei erstens überfordert bzw. nicht ausreichend handlungsfähig. Zweitens verfestigt sich die (Fehl-)Wahrnehmung, „die Politik“ und „die Medien“ steckten unter einer Decke und spielten ein abgekartetes Spiel (vgl. [3]).

Populistische bzw. extremistische Parteien nutzen diese Fokussierung auf die jeweils aktuelle Krise dazu, von der Abgehobenheit des „Establishments“ bzw. der „Elite“ zu schwadronieren, die sich angeblich zu sehr für die Einschüchterung von Impfgegnern, den Klimaschutz, die Heizungen in Einfamilienhäusern oder „gendersensible Sprache“ interessierten und zu wenig für das, was Bürgerinnen und Bürger tatsächlich umtreibt und diesen wichtig ist.

### Demokratiegefährdende Neigung zum Verschwörungsglauben

Wir alle – und gerade Sie als Ärztinnen und Ärzte – erleben die Macht der digitalen Plattformen und der sozialen Netzwerke. Die Cyberchondrie, also die durch Krankheitsportale geschürte Angst vor einer schweren Erkrankung, begegnet Ihnen ebenso wie auf Googeln fundierende Besserwisseri. Corona hat aber noch etwas anderes problematischeres gefördert: den Verschwörungsglauben. Die sog. Coronarebellen und Impfgegner halten medizinisches Wissen für falsch. Viele lehnen konventionelle Behandlungen oder Prävention als „Schulmedizin“ ab und bevorzugen anscheinend „Kita-Medizin“. Bemerkenswert viele Menschen bestanden auf ihrer von Evidenz befreiten „Erkenntnis“, COVID-19 sei weniger gefährlich als eine Influenza. Sogar Menschen, die Angehörige durch COVID-19 verloren haben oder

die wegen der Schwere ihrer Erkrankung selbst in ein Krankenhaus aufgenommen werden mussten, waren und sind bis heute überzeugt, hinter den Gesundheitsempfehlungen stünde ein geheimer Plan zur Dezimierung der Weltbevölkerung – entworfen wahlweise von den USA, dem israelischen Geheimdienst, Bill Gates oder der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Hintergrund für einen solchen Irrglauben ist das im Zuge der COVID-19-Pandemie gestärkte generalisierte Misstrauen gegenüber allen denen, die als mächtig wahrgenommen werden. Dazu zählen inzwischen auch Ärzte und das Gesundheitssystem insgesamt. Warum dieser Zulauf zum Verschwörungsglauben? Folgen der Auslöser lassen sich belegen:

- Wissenschaftliche Erkenntnisse werden als zu wenig eindeutig, widersprüchlich und oftmals kontraintuitiv wahrgenommen; das gilt besonders in einer völlig neuen Situation wie einer Pandemie.
- Ein Auslöser für Verschwörungsglauben ist erlebter Kontrollverlust. Gerade COVID-19 hat die Menschen der Kontrolle über wichtige Teile ihres eigenen Lebens beraubt: Private Kontakte wurden vom Staat ebenso reglementiert wie das Einkaufen, das Busfahren oder der Besuch im Krankenhaus.

Verschwörungsglaube fordert uns als Demokraten alle heraus, ganz besonders aber auch Sie in den Arztpraxen: Wer sich im Zuge der Pandemiebekämpfung über Entscheidungen etwa des Gesundheitsministers oder des Robert Koch-Instituts (RKI) ärgerte, ließ das gern auch am Hausarztteam aus. Die Auseinandersetzung mit jemandem, der einem Verschwörungsglauben anhängt, ist mühsam und zeitaufwendig.

Solchen Patienten in erster Linie Fakten zum gesundheitlichen Nutzen einer Behandlung anzubieten, genügt meistens nicht. Bloße Informationswiedergabe ist viel zu wenig. Man muss vielmehr ein neues, sachlich richtiges Erklärungsmodell anbieten und auch aufzeigen, wo das „im Internet“ recherchierte Falsch- oder Halbwissen herkommt und warum es womöglich sogar lebensgefährlich sein kann. Die zeitsparende Aussage des Arztes oder der Ärztin „nein, das ist falsch“ liefert keine Erklärung und ist schon deshalb weniger „at-

traktiv“ als ein sachlich zwar falsches Verschwörungsnarrativ, das jedoch vermeintlich schlüssig klingende Begründungen liefert. Zudem gibt es extreme Fälle, in denen das Misstrauen in Autoritäten zum Teil der eigenen Identität geworden zu sein scheint. Diese Gruppe sieht sich im Vergleich zu ihren Mitmenschen als überlegen an, weil sie überzeugt ist, Zusammenhänge zu durchschauen, die anderen verborgen blieben. Ausgerechnet diejenigen, die elitenskeptisch argumentieren und auftreten, maßen sich also selbst an, einer „Wissenselite“ anzugehören (vgl. [4, 5]).

### **Empfänglichkeit für extremistisches Gedankengut**

Für die Politik ist dieser Befund einer wachsenden Empfänglichkeit für Verschwörungsglauben besonders beunruhigend. Das Phänomen ist nicht neu: Ein Teil der Bürgerschaft entzieht den Institutionen und den Eliten – womöglich sogar der liberalen Demokratie – das Vertrauen und vielleicht sogar die bereits genannte „grundsätzliche Zustimmung“. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass zu den Krisen und den Fehlern der seriösen Parteien ein weiteres Phänomen hinzukommt: Während wir u.a. enorme Machtverschiebungen im internationalen Gefüge erleben und Zigmillionen Menschen weltweit unter Kriegen und Terror, aber eben auch den Folgen der Klimakrise leiden, verändert sich auch in unserer Gesellschaft etwas: Die Bindung an gesellschaftliche Organisationen wird schwächer. Parteien, Kirchen und Verbände verlieren aus unterschiedlichen Gründen Mitglieder, Unterstützung und damit auch politische Relevanz. Im Zuge dieses „Strukturwandels des Intermediären“, also des Bedeutungsverlusts dieser „Transmissionsriemen“ der Politik in die Gesellschaft (und umgekehrt) geht vieles verloren:

1. die Fähigkeit dieser Institutionen zur Reduktion der so sehr gestiegenen Komplexität,
2. die integrative Leistung dieser Organisationen und
3. die (politische) Mäßigung.

Diese Organisationen hatten sich als strukturierendes und Nähe schaffendes „Wur-

zelgeflecht“ intensiv gerade durch die „alte Bundesrepublik“ durchgezogen. Durch ihr Ausdünnen wird der von vielen empfundene Orientierungsverlust noch größer. Wenn sich immer mehr Leute mit ihren Sorgen z.B. vor steigenden Energie- und Wohnkosten allein gelassen fühlen, dann leistet das dem Gefühl des Ausgeliefertseins, des Kontrollverlusts, des Nichtbeachtetwerdens und der Machtlosigkeit Vorschub. Wer Machtlosigkeit empfindet, sehnt sich nach dem Bekannten und Überschaubaren (vgl. [6]). Der setzt verstärkt auf das Vertraute, auf die Abgrenzung von anderen sowie auf nationale Grenzen und wird darin von populistischen oder extremistischen Parteien bestärkt. Eine Partei wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bedient genau jene Suche nach dem Altbewährten. Sie schreckt auch nicht davor zurück, den abstrakten „Feind“ durch einen konkreten zu ersetzen – etwa den Flüchtling oder die „Mainstream“-Medien.

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer unterscheidet in einem Interview vier Gruppen der besonders für den mehr oder weniger gut getarnten Extremismus der AfD Empfänglichen (vgl. [7]):

- Frühere Nichtwähler, die schon lange unzufrieden sind, würden von der AfD mobilisiert. Die Partei hole sie aus ihrer „wutgetränkten Apathie“ heraus.
- Die AfD erfreue sich aber auch einer inzwischen stabilen Anhängerschaft aus dem Milieu der Gewerkschaften, Industriearbeiter und Handwerker. Frühere Wähler der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) fühlten sich weder von den Sozialdemokraten noch von der Partei Die Linke vertreten und das sei vor allem auf deren Haltung in der Flüchtlingspolitik zurückzuführen.
- Autoritär geprägte Personen mit „Anerkennungsverlust“. In Ostdeutschland seien das häufig die „Wendeverlierer“. Aber natürlich gibt es auch im Westen der Republik viele Menschen, die etwa befürchten, dass Zuwanderer und Flüchtlinge auf ihre Kosten und ohne eigenen Beitrag zum Solidarsystem unverhältnismäßig hohe staatliche Leistungen erhielten.
- Das „Milieu der rohen Bürgerlichkeit“: Hinter der „glatten Fassade bürgerlicher Respektabilität“ werde dort ein „Jargon der Verachtung“ gepflegt.

Alle diese Gruppen werden durch den „autoritären Nationalradikalismus“ (Wilhelm Heitmann) der AfD angesprochen. Teile der Bevölkerung empfinden offenbar Sehnsucht nach einer „Strongman“-Politik, nach „klaren Entscheidungen“ statt „endloser Kompromissuche“. Sie lehnen die verwirrende Vielfalt der Lebensstile und sexuellen Identitäten ab. Die vor allem von den urbanen Milieus geforderte „Diversität“ gilt in dieser Wahrnehmung nicht als Folge von Menschenrechten, sondern als „Zeitgeistphänomen“, das nicht gefördert, sondern höchstens hingenommen, womöglich aber sogar unterbunden werden sollte. Der darin zum Ausdruck kommende Wunsch nach sozialer und kultureller Homogenität entspricht der Hoffnung auf Erhalt des (vermeintlich) Bewährten. Das Eigene müsse vor dem Fremden und im Zweifelsfall auch gegen das Fremde geschützt werden. Deutschsein wird in diesem Denken zum „Identitätsanker“, der mit nationalistischen Einstellungen wie der Idee einer grundsätzlichen Überlegenheit der deutschen Kultur einhergeht.

### Gefährdung der Demokratie durch digitale Manipulation

Es ist jedoch nicht nur eine Verhärtung des öffentlichen und politischen Diskurses zu beklagen, sondern auch dessen Manipulation. Das hat damit zu tun, dass die Lücke, die durch den Bedeutungsverlust der intermediären Organisationen entstanden ist, durch digital vernetzten Extremisten und Störer besetzt wird. Gleichzeitig erzeugt der mit der Digitalisierung der Kommunikation einhergehende Bedeutungsverlust sog. Gatekeeper einen großen Einschnitt – und zwar sowohl auf der „Senderseite“ als auch auf der „Empfängerseite“:

- Journalisten sind nicht mehr die exklusiven Mittler zwischen Individuum und Welt: Sie haben nicht nur ihre früher zentrale Rolle bei der Einordnung und der Prüfung von Wahrheit und Relevanz verloren, sondern aus Sicht vieler Menschen vor allem im Zuge der Migrationskrise in den Jahren 2015/2016 auch ihre Glaubwürdigkeit.
- Im Zuge der Veränderungen in der Mediennutzung prasseln richtige und falsche Informationen ohne die Einordnung ihrer Relevanz und Glaub-

würdigkeit auf die Öffentlichkeit ein. Die scheinbare Gleichwertigkeit der Informationen und der Informationsquellen überfordert viele Leute.

Die neue Unübersichtlichkeit angesichts der vielen digitalen Absender von Informationen birgt Risiken – gerade für unsere freiheitliche Demokratie. Diese ist zum einen auf eine bestimmte Haltung ihrer Bürgerschaft angewiesen, die sie selbst aber nicht herstellen, geschweige denn verordnen kann. Zum anderen braucht die liberale Demokratie den freiheitlichen öffentlichen Diskurs, der in unserer Massendemokratie zwangsläufig medial vermittelt stattfindet.

Angesichts der Gratifikationen durch die Nutzung „sozialer Medien“ lassen sich immer mehr Leute sehenden Auges auf ein technisch verstärktes Arrangement ein, das dem öffentlichen Diskurs in unserer Demokratie nicht bekommen kann. Populisten und Extremisten, also diejenigen, die die Skepsis gegenüber unserem parlamentarischen System für ihren Aufstieg benötigen, mobilisieren mit Spott, Häme und gezielten Desinformationen. Dank künstlicher Intelligenz (KI) produzieren sie mit sehr wenig Aufwand Desinformationstexte und Deepfake-Filme in endloser Hülle und Fülle. Diese Personen und Organisationen sind Profiteure der Krisen und der Verunsicherung; ihnen nutzt es, dass der grundsätzliche Manipulationsverdacht sich auch gegen die eigentlich seriösen Medien wendet. Als Krisenprofiteure versprechen die Populisten und Extremisten den Verunsicherten, Verängstigten und Misstrauischen etwas, was diese andernorts anscheinend (oder scheinbar?) zu wenig erhalten: nämlich Aufmerksamkeit: „Wir sehen euch, wir machen euch sichtbar, wir sprechen wie Ihr“. Das allein ist nicht besorgniserregend. Schließlich spricht ja nichts dagegen, den Leuten das Gefühl (wieder) zu geben, sie würden wahrgenommen und repräsentiert. Das große „aber“ kommt jetzt: Dieses Gruppengefühl, diese vermeintliche Zugehörigkeit basiert auf der Abgrenzung und der Ausgrenzung von anderen – gerade auch von Andersdenkenden. Und das kann in einer freiheitlichen, pluralistischen Demokratie nicht gut gehen. Diese braucht nämlich intellektuelle Redlichkeit

und die Erkenntnis, dass die andere Seite Argumente haben könnte, die es wert sind, gehört zu werden. Der republikanische Gedanken von Demokratie bedeutet, dass wir uns als Bürger begegnen, die einander (meist medial vermittelt) etwas zu sagen haben und sich gegenseitig zuhören.

### Mögliche Handlungsoptionen

Wir müssen uns damit befassen, was Staat, Wirtschaft und Bürgerschaft der allgemeinen Verunsicherung entgegensetzen können. Ich beginne mit der Nennung dessen, was definitiv nicht gelingen wird. Das ist allem anderen voran die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Zustände der 1950er- und 1960er-Jahre, also einer relativ homogenen Gesellschaft mit der Dominanz von Männern in allen Daseinsbereichen, einer niedrigen Migrationsquote und der massiven Einschränkung der Freiheitsrechte etwa von Homosexuellen. Unabhängig davon, welche Partei wir wählen: Eine freiheitliche und damit offene Gesellschaft im Sinne Karl Poppers verändert ihr Erscheinungsbild unablässig. Diese Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit macht sie mitunter anstrengend, trägt aber aufgrund permanenter Lernprozesse zugleich zu ihrer Überlegenheit gegenüber autoritären Systemen bei. Ebenfalls nicht funktionieren wird es, der digitalen Verbreitung von Falschinformationen weiterhin nur hinterherzulaufen. „Brandolinis Gesetz“ aus dem Jahr 2013 (nach dem italienischen Informatiker Alberto Brandolini) bringt es auf den Punkt:

*„Das Widerlegen von Schwachsinn erfordert eine Zehnerpotenz mehr Energie als dessen Produktion.“ (Zitiert nach: [8])*

Statt Zeit und Geld vor allem auf das Widerlegen von online verbreiteten Lügen und Halbwahrheiten zu verwenden, sind andere Strategien wirksamer; allen voran die Prävention und Immunisierung gegen online verbreitete Lügen bzw. Desinformationen durch anspruchsvolle und attraktiv gestaltete politische Bildung sowie Medienbildung. Dass die darin zum Ausdruck kommende Prävention wichtig ist, wissen Sie als Ärztinnen und Ärzte ohnehin. Wir müssen uns aber auch eingestehen, dass gegen überzeugte Extremisten keine Argumente und keine politische Bildung mehr

helfen. Den Feinden der offenen und toleranten Gesellschaft muss insbesondere der demokratische Verfassungsstaat mit den Mitteln des Rechtsstaats begegnen (vgl. [9]).

Aber natürlich meint Prävention noch etwas anderes: nämlich handlungsfähige Politik, gerade bei zentralen staatlichen Aufgaben wie: innere und äußere Sicherheit, Kontrolle von Migration, Daseinsfürsorge für diejenigen, die Unterstützung benötigen sowie wettbewerbsfähige Infrastrukturen. Jenseits dieser Kernaufgaben des Staats bleibt genügend, was wir alle tun können und müssen. Es liegt schließlich an jedem Einzelnen von uns, ob wir zulassen, dass unsere demokratische Ordnung und unser Rechtsstaat herabgewürdigt werden, oder ob diese weiterhin das Ansehen genießen, das diese Ordnung erstens uneingeschränkt verdient und das wir alle zweitens benötigen, um weiterhin erfolgreich in Freiheit und Frieden leben und arbeiten zu können. Dazu abschließend drei Empfehlungen:

1. In der Vergangenheit waren gerade die bundesdeutschen Volksparteien auf „ein Mehr und eine bessere Zukunft abonniert“ und eben „nicht auf die Verwaltung des Mangels und eine Politik der Zumutungen“ [10, S. 24]. Angesichts der Klimakrise, der Pandemiefolgen sowie der internationalen Machtverschiebungen wird das alte Erfolgsrezept der Bundesrepublik, Konflikte auch aber nicht nur in der Gesundheitspolitik mit Geld bzw. Transferleistungen zu befrieden, nur noch bedingt funktionieren. Das heißt: Als Wähler müssen wir einsehen, dass in Zeiten umfassender Umbrüche nicht mehr alles machbar ist. Wir sollten den seriösen Parteien keine unseriösen (gesundheitspolitischen) Versprechen abverlangen.
2. Wir sollten bei aller kritischer Haltung, die selbstverständlich geboten ist, den Expertinnen und Experten, die diese Wertschätzung durch ihr eigenes Tun „verdienen“, diese auch entgegenbringen: Meines Erachtens sollte man also nicht nur auf die eigene Expertise z. B. als Arzt oder Ärztin verweisen, sondern grundsätzlich auch die Expertise der anderen, etwa von Politikern, Jour-

nalisten, Lehrern, Klimaforschern etc., anerkennen

3. Zivilcourage zeigen: Den Vereinfachern widersprechen – egal ob beim Elternabend, im Sportverein, im Rotary Club oder im eigenen Praxisteam – jedoch ohne berechtigte und angemessene vorgebrachte Kritik zu übergehen. Wer nicht in einer radikalisierten Gesellschaft leben will, darf Schwarz-Weiß-Denken nicht unterstützen, egal von welcher Seite es kommt. Das ist wohlbemerkt kein Plädoyer für politische Bildung in der Hausarztpraxis. Sie haben ohnehin schon genug zu tun. Aber: Es ist ein Plädoyer für beherrztes Intervenieren, wenn Verschwörungsglaube und Elitenhass wabern.

Geschichtewiederholt sich nicht. Aber man kann das eine oder andere doch aus ihr lernen. Ich erlaube mir aus der Rede von Prof. Dr. Eric Voegelin anlässlich des Festaktes zur Eröffnung der Akademie für Politische Bildung im Februar 1959 zu zitieren:

*„Eine Demokratie ist kein Schlaraffenland, in dem der friedliche Bürger seinen Geschäften nachgehen und sich des Wirtschaftswunders freuen kann, sondern ein Zustand der täglichen, wohlgeübten und zur Gewohnheit gewordenen Wachsamkeit und Disziplin in den Grundfragen des politischen Lebens.“ (Zitiert nach [11])*

Das heißt: Von nichts kommt nichts. Die größte Gefahr für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Pluralismus sind bekanntlich nicht ihre Gegner, sondern die Gleichgültigkeit ihrer Anhänger.

## Korrespondenzadresse



© Akademie für Politische Bildung Tutzing

**Prof. Dr. phil. Ursula Münch**  
Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1, 82327 Tutzing, Deutschland  
u.muench@apb-tutzing.de

## Biografie

**Prof. Dr. phil. Ursula Münch** Jahrgang 1961, Prof. Dr. phil., (beurlaubte) Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München; seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing (<https://www.apb-tutzing.de/>).

## Einhaltung ethischer Richtlinien

**Interessenkonflikt.** U. Münch gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Für diesen Beitrag wurden von den Autor/-innen keine Studien an Menschen oder Tieren durchgeführt. Für die aufgeführten Studien gelten die jeweils dort angegebenen ethischen Richtlinien.

## Literatur

1. Brodocz A, Vermaßen H (2016) Die politische Theorie autopolietischer Systeme: Niklas Luhmann. In: Brodocz A, Schaal GS (Hrsg) Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung, Opladen & Toronto, S 466–498
2. Fuchs D (2016) Die politische Theorie der Systemanalyse: David Easton. In: Brodocz A, Schaal GS (Hrsg) Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung, Opladen & Toronto, S 351–375
3. Ruß-Mohl S (2024) Stärken und Schwächen der Berichterstattung über Corona. In: GräFD, Hennig M (Hrsg) Corona und mediale Öffentlichkeiten. Wiesbaden, S 135–161
4. Lamberty P, Nocun K (2024) Gefährlicher Glaube. Die radikale Gedankenwelt der Esoterik. Köln
5. Neu V „Das ist alles bewiesen.“ Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/documents/252038/22161843/%E2%80%9EDas+ist+alles+bewiesen%E2%80%9C.pdf/c3d0ee5d-874c-b7c0-8273-7a3eeba60169?version=1.0&t=1690905126193>. Zugegriffen: 08.2023

6. Best V et al (2022) Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf>
7. Laudenbach P (2023) AfD im Umfragehoch: „Verkürzt und naiv, das einfach als Protestwahl zu verharmlosen“. Interview mit Wilhelm Heitmeyer vom 9. Juli 2023. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/wilhelm-heimmeyer-afd-analyse-1.6012038?reduced=true>
8. Widerlegung von Blödsinn Brandolinis Gesetz: Das Bullshit-Asymmetrie-Prinzip, in: Forschung und Wissen. <https://www.forschung-und-wissen.de/magazin/brandolinis-gesetz-das-bullshit-asymmetrie-prinzip-13376626>
9. Buchstein H (2016) Typen moderner Demokratietheorien. Überblick und Sortierungsvorschlag. Springer, Wiesbaden
10. Wiesendahl E Parteien und die Politik der Zumutungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/2004, S 19–24 (<https://www.bpb.de/system/files/pdf/MNYNG7.pdf>)
11. <https://www.apb-tutzing.de/60jahre/akademie-mosaik/eine-demokratie-ist-kein-schlaraffenland>

**Hinweis des Verlags.** Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

## Lessons from the pandemic for general practitioners—assessment from a political science perspective

The coronavirus disease 2019 (COVID-19) pandemic profoundly changed lives and highlighted the role of policy makers in healthcare. General practitioners were at the front line and had to react quickly to political decisions. They were confronted with conflicting goals, such as the need to break chains of infection and the simultaneous isolation of patients. The article discusses lessons from a political science perspective on the pandemic: general practitioners should be more closely involved in political decisions; clear and consistent communication is crucial; a strong healthcare system is essential; psychological stress must be given greater consideration; and prevention and health education are essential. The pandemic shows the importance of close cooperation between policy makers, the healthcare system, and the general public.

### Keywords

Public health · COVID-19 · Conspiracy beliefs · Democratic constitutional state · PandemicPublic health